

"Demographischer Wandel und Umweltauswirkungen"

Vortrag von

Dr. Thomas Holzmann

Vizepräsident des Umweltbundesamtes

am

8. November 2006

auf der Konferenz „Älter, weniger, weiter weg – Demographischer Wandel als Gestaltungsaufgabe für den Umweltschutz“

in Berlin

Veranstalter: DNR, BUND, NABU

mit Unterstützung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit und des Umweltbundesamtes

- vom gesprochenen Wort zur Textversion überarbeitet -

der „Demographische Wandel“ als gesellschaftliches Phänomen ist derzeit in vieler Munde. Bücher wie *„Das Methusalem-Komplott“*, Fernsehfilmproduktionen wie *„2030 - Aufstand der Alten“* aber auch das neue **Spiegel special** Themenheft *„Jung im Kopf - Die Chancen der alternden Gesellschaft“*

setzen sich damit auseinander, dass unsere Gesellschaft – heute schon – im bundesweiten Durchschnitt altert und mit den Folgen, die diese Alterung in absehbarer Zukunft, in einigen Regionen auch schon ganz aktuell heute, für unsere Gesellschaft, unsere Sozial- und Rentensysteme, die Siedlungsentwicklung und unsere Lebensweise zeitigen könnte.

Auch der Deutsche Bundestag hat sich deshalb unlängst mit dem Thema „Demographie“ befasst. Der parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung veranstaltete im Oktober eine öffentliche Expertenanhörung zum Thema „Demographie und Infrastruktur“, weil unsere Abgeordneten wissen möchten, was da möglicher Weise an Veränderungen auf unsere Gesellschaft zukommt und wie der Staat und jeder einzelne Bürger sich darauf vorbereiten könnten.

Was ist nun das Problem? Bislang haben wir doch immer darauf vertraut, dass in Deutschland das Wirtschaftswachstum und insbesondere die Zunahme der Erwerbsbevölkerung sowie die Steigerung der Arbeitsproduktivität insgesamt so hoch ausfallen würden, dass soziale Schieflagen, insbesondere auch in der Altersversorgung, vermieden werden können.

Am Ende würde es, so dachten wir bislang – dank Wachstum – irgendwie doch für alle reichen. Und nun beschleicht uns – angesichts unserer steigenden Lebenserwartung sowie der schleppenden Konjunktur andererseits – allmählich das ungute Gefühl, dass das Wachstum vielleicht doch nicht ausreichen könnte, um die künftig wachsende Zahl der Rentner (also uns) mitzuversorgen und dabei auch noch genügend Arbeitskapazität bereit zu stellen, um uns erforderlichenfalls auch zu pflegen.

Erschwerend kommt dann noch hinzu, dass die Generation unserer Kinder zahlenmäßig um ein Drittel geringer ausgefallen ist, als unsere eigene Generation. Von daher scheint das inländische Reservoir an Pflegekräften auf den ersten Blick eher begrenzt.

Weiteren Arbeitskräften aus dem Ausland stehen wir derzeit aber auch etwas skeptisch gegenüber, weil wir in den letzten Jahrzehnten unsere Schularbeiten bei der Integration der bereits in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund nicht ordentlich erledigt haben. Menschen übrigens, die größten Teils als Arbeitskräfte ins Land gerufen wurden, um mit ihrer Hilfe ein höheres Wirtschaftswachstum, insbesondere in der Bauwirtschaft und in der Industrieproduktion, zu erreichen.

Anstatt durch innovative Technik die Arbeitsproduktivität zu verbessern oder mit geeigneten Maßnahmen die sehr niedrige Erwerbsbeteiligung der Frauen zu erhöhen, hat man sich seinerseits stattdessen dafür entschieden, billige Arbeitskräfte zu importieren, von denen man glaubte, man könne sie wieder nach Hause schicken, wenn man sie nicht mehr braucht. Wie die Geschichte weiter ging, wissen wir.

Vergangenes kann natürlich nicht ungeschehen gemacht werden, sondern das Gegebene muss hingenommen werden. Aber wir sollten aus dieser Entwicklung eine erste Lehre für die Zukunft ziehen:

Knappheiten und Engpässe – im Fall der Wirtschaftswunderjahre waren dies Knappheiten an verfügbaren Arbeitskräften – sind eine Herausforderung, die man auch produktiv nutzen könnte. Knappheit kann ein nützlicher Anstoß sein für technische oder organisatorische Innovationen. Knappheit kann auch eine Herausforderung sein für die Erneuerung unserer gesellschaftlichen Strukturen und die Art und Weise wie Menschen sich in unsere Gesellschaft einbringen und nützlich machen können.

Das ist im Übrigen auch der Grundgedanke, den sich das Bundesministerium für Umwelt und das Umweltbundesamt in der letzten Zeit zu Eigen gemacht haben, als es um die Frage ging, welchen Beitrag das Umweltressort zu einem zukunftsfähigen Deutschland leisten könnte. Derzeit werden unter den Überschriften „Ressourcenschonung“ sowie „Umwelt, Innovation und Beschäftigung“ Visionen und Handlungskonzepte¹ erarbeitet, wie künftig die weltweit wachsenden Knappheiten an fossilen Energieträgern und Rohstoffen (z.B. Metalle) durch erhöhte Energie- und Rohstoffeffizienz, durch intelligente Technik, bessere Organisation und vielleicht auch durch gesellschaftlichen Wandel, d.h. durch Einsicht und verändertes Verhalten bewältigt werden können. Statt unsere Wirtschaft mit Diesel zu ölen sollten wir künftig mehr Gehirnschmalz einsetzen.

Nachfolgend zwei unterschiedliche Beispiele, welche technischen oder gesellschaftlichen Innovationen durch Knappheiten ausgelöst werden können:

- Engpässe und Technische Innovation:

Frage: Was haben Schweizer, Schwarzwälder und Japaner gemeinsam ?

Antwort alle drei haben sich früher als andere darauf verlegt, kleine, technisch hochwertige Maschinen und Geräte herzustellen. Die Schweizer und Schwarzwälder im vorletzten Jahrhundert mit ihren Uhren, die Japaner in der 1960er Jahren mit tragbaren Transistorradios, Kassettenrecordern, Fernsehern und anderen elektronischen Geräten im Miniaturformat, über die wir zu Anfang, wegen ihrer unzulänglichen technischen Performance ziemlich gelacht haben. Diese Produkte waren aber der Ausgangspunkt für erfolgreiche weltmarktfähige Produkte aus den Bereichen Unterhaltungselektronik, Feinmechanik, Steuerungstechnik, Mikroelektronik und vieles mehr.

Warum haben sich ausgerechnet diese Regionen früher als andere mit solch moderner Technik profiliert?

Weil alle drei Regionen sehr gebirgig und deshalb unwegsam sind. Die Schwarzwälder und die Schweizer hatten ein massives Transportproblem mit sperrigen schweren Gütern. Die Japaner hatten zwar das Meer vor der Tür, aber sie hatten in den besiedelbaren Landesteilen ein Flächenproblem, unter anderem auch bei der Bereitstellung von Wohnraum für ihre große Bevölkerung.

Beide Erschwernisse waren Antriebe, sich vor allem auf die Herstellung und Nutzung von kleinen aber komplizierten und damit hochwertigen Gütern zu verlegen, die man leicht transportieren und platz-

1

<http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2006/pdf/pd06-057.pdf>

<http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2006/pdf/pd06-068.pdf>

platzsparend aufbewahren kann. Das dabei erworbene und ständig weiterentwickelte technische Know-How ist auch heute noch eine wesentliche wirtschaftliche Grundlage dieser Regionen.

Das Internet dürfte inzwischen die Benachteiligung von Bergregionen im Hinblick auf die verkehrliche Anbindung und die Flächenverfügbarkeit weiter reduziert haben. Denn nun können noch einfacher nicht nur Produkte sondern auch Ideen, Wissen und Projektplanungen ausgetauscht und vermarktet werden.

Das wirft im Übrigen auch einen Schatten der Zweifel auf die Erfolgchancen unserer konventionellen Wirtschaftsförderung, die sich derzeit im Wesentlichen auf den Ausbau von Infrastrukturen beschränkt:

Hätten nämlich die Schwarzwälder frühzeitig eine Autobahn bekommen, würden sie vielleicht heute noch vorwiegend Natursteine und Holz exportieren. Zum Innovationsschub, mit dem sie sich in der Steuerungstechnik in die Reihe Weltbesten vorgearbeitet haben, hätte unter Umständen der Ansporn gefehlt.

Insgesamt könnte daraus geschlossen werden, dass es auf lange Sicht ökonomisch - wie auch ökologisch - sinnvoller ist, in Köpfe zu investieren anstatt in Beton.

- Gesellschaftliche Innovation:

Auch in Frankreich gab es zum Ende der 1960er Jahre das Problem der Arbeitskräfteknappheit. Die französische Gesellschaft hat sich in dieser Situation dafür entschieden, durch einen Ausbau des Erziehungssystems die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Das hatte – wie sich inzwischen zeigt – aus volkswirtschaftlicher und sozialpolitischer Sicht folgende positiven Nebeneffekte:

- Frauen sind keine Versorgungsfälle, die von ihren Ehemännern zeitlebens ernährt werden müssen, sondern sie nutzen ihre beruflichen Qualifikation, können ihre Fähigkeiten und Fertigkeiten in der privaten Wirtschaft oder im öffentlichen Dienst zur Verfügung stellen
- die Einkommenssituation der Familien mit Kindern wird auch in Relation zu Haushalten ohne Kinder verbessert. Weniger Kinder leben an der Armutsgrenze. Durch das frühzeitige Eingreifen des Staates im Hinblick auf die qualitativ hochwertige Bildung von Kindern, wird auch die Chancengleichheit, unabhängig von der sozialen Herkunft der Kinder, verbessert
- einer weiteren Verschärfung der – auch in Frankreich unbestrittener Maßen vorhandenen – Probleme bei der Integration von Migranten wurde frühzeitig vorgebeugt
- wegen der guten Vereinbarkeit von Familie und Beruf, ist das Geburtendefizit in Frankreich wesentlich geringer ausgefallen. Der demographische Wandel durch Alterung und geringere Geburtenhäufigkeit findet deshalb in Frankreich langsamer und milder statt als bei uns.

Wenn wir diese Erkenntnisse sinngemäß auf das Problem des demographischen Wandels und die Altersversorgung in Deutschland übertragen, dann lernen wir, dass es sowohl im Hinblick auf technische Hilfen als auch im Hinblick auf menschliche Unterstützung, die ein selbständiges Leben bei guter Qualität bis ins hohe Alter ermöglichen, in unserer Gesellschaft durchaus noch immense Potentiale geben könnte, die wir ab jetzt gezielt entwickeln müssen.

Zur Entkrampfung der finanziellen Situation des Rentensystems wäre es natürlich ohnehin wünschenswert, dass – weitgehend unabhängig vom Lebensalter – mehr Menschen, die dies können oder wollen, sich am Erwerbsleben oder an der ehrenamtlichen Betreuung von Menschen, die dies benötigen, beteiligen.

Im Hinblick auf Betreuung und Pflege gibt es inzwischen auch hierzulande eine ganze Reihe von Standardlösungen, insbesondere Pflegeurlaub mit Unterstützung durch mobile Pflegedienste. Es gibt aber auch in mehreren Städten oder Gemeinden Modellversuche für neue Ansätze, z.B. Senioren WG's, Mehrgenerationenhäuser, „neue Nachbarschaften“, „ein Dorf für alle“ und mehr. Was von den neuen Ansätzen im großen Stil „serientauglich“ wird, kann derzeit nicht beantwortet werden. Aber vielleicht gelingt es ja – ähnlich wie im oben beschriebenen französischen Modell – mit einer geschickten Kombination von Maßnahmen des Staates, der Gemeinden und Privater mehrere wirtschafts- und sozialpolitische Fliegen mit einer Klappe zu schlagen.

Hier an dieser Stelle vielleicht noch der ergänzende Hinweis, dass die Japaner auch auf dem Feld der Altenbetreuung schon wieder dabei sind, technische Spielereien zu entwickeln, um das Leben älterer Menschen lebenswerter zu machen oder ihre Betreuung zu erleichtern. Anstatt darüber zu lächeln oder den Kopf zu schütteln, sollten wir prüfen, was sich davon vielleicht auch für als nützlich erweisen könnte. Wir könnten uns ja auch selbst etwas besseres ausdenken, was wir dann gegebenenfalls auch nach Japan oder in andere Länder exportieren könnten.

Umweltaspekte der demographischen Alterung:

Es ist natürlich heikel, den Prozess der demographischen Alterung und die verschiedenen Möglichkeiten, die damit verbundenen Probleme zu lindern, einer Umweltverträglichkeitsprüfung zu unterziehen. Vielleicht hier nur ein paar Grundgedanken:

- Aus Umweltsicht ist es prinzipiell immer besser, das Problem mithilfe der Menschen zu lösen, die man vor Ort vorfindet. Jeder weitere Zuzug von Hilfskräften, vor allem in die heute wirtschaftlich starken Wachstumsregionen löst neuen Bedarf an Wohnraum, neuen Wohnungsbau und neue Zersiedlung aus, mit den bekannten Umweltfolgen.
- Umgekehrt könnte man natürlich in wirtschaftlich stagnierenden und schrumpfenden Regionen mit Arbeitskräfteüberschuss und ungenutzter Bausubstanz, Pflegeleistungen erbringen, ohne zusätzliche Zersiedelung und sonstige Umweltbelastungen durch die Unterbringung Pflegebedürftiger auszulösen, die aus anderen

gung Pflegebedürftiger auszulösen, die aus anderen Regionen zugewandert sind.

Insofern ist der Versuch von Mecklenburg-Vorpommern, in den nächsten Jahren neben dem Tourismus auch den medizinischen und den Altenpflegerischen Bereich zu fördern, nicht nur aus wirtschaftlicher und sozialer Sicht einleuchtend, sondern auch aus Umweltsicht vertretbar – unter der Voraussetzung, dass für diese soziale Infrastruktur überwiegend bereits vorhandene Bausubstanz genutzt wird.

- Was den Aspekt der gesellschaftlichen Alterung selbst angeht, d.h. es gibt mehr alte Menschen und weniger Kinder und junge Menschen, so müssen wir bei der Prognose von Umwelteffekten aufgrund von Lebensstilen bedenken, dass wir nicht das Verhalten der heutigen Alten – unserer Eltern – auf das Verhalten der künftigen Alten übertragen können – das sind nämlich wir.
 - Nehmen wir das Beispiel Verkehr:
Die heutigen Alten fahren weniger Auto als die Jungen. Wenn die Gesellschaft altert, das heißt es gibt mehr Alte und weniger Junge, wird dann künftig weniger Auto gefahren?
Bei näherer Betrachtung erscheint das eher unwahrscheinlich. Während es in der älteren Generation immer noch Menschen, meist Frauen, gibt, die keinen Führerschein haben oder aus anderen Gründen selten am Steuer gesessen haben, sind in unserer Generation Menschen ohne Führerschein eher die Ausnahme. Und der Pkw wird – bei Umweltbewussten natürlich nur, wenn es wirklich erforderlich ist – ganz selbstverständlich von Männern und Frauen genutzt. Vielleicht zögern die heutigen Männer etwas mehr als ihre Väter, bevor sie ins Auto steigen und nutzen häufiger Fahrrad oder öffentliche Verkehrsmittel. Aber dafür nutzen jetzt auch die Frauen häufiger als ihre Mütter den Pkw für den einen oder anderen Weg, den sie im Polygon zwischen Arbeitsplatz, Haushalt, Supermarkt, Ärztehaus, Freizeiteinrichtung etc. zurücklegen.
Aus diesem Grunde kann man – natürlich nur bis zum Beweis des Gegenteils aufgrund fundierter Forschung, vielleicht kann ja einer der nachfolgenden Vorträge darüber Aufschluss geben – zunächst eher skeptisch sein was in der Gesamtbilanz von Männern und Frauen das Umweltentlastungspotential einer gealterten Gesellschaft im Hinblick auf verkehrsbedingte Umweltbelastungen betrifft. Es sei denn, wir verändern künftig deutlich unsere Lebensstile.
 - Ein weiteres Handlungsfeld ist der Bereich Wohnen:
Dies ist wohl der wichtigste Bereich, wo wir als Alternde künftig einen Beitrag zum Umweltschutz leisten könnten und gleichzeitig auch Voraussetzungen für unser selbstbestimmtes Leben im Alter verbessern könnten. Gemeint ist jetzt nicht der Neubau von Ökohäusern. Das ökologischste Haus ist ein Haus, das nicht gebaut wird.

Nein, unsere ökologisch sinnvollste Tat könnte darin bestehen, beizeiten große, familiengerechte Wohnungen zu räumen, wenn wir sie nicht mehr so dringend benötigen.

Vor allem in Wachstumsregionen und Ballungsräumen könnte dies zur Entspannung auf den Wohnungsmärkten beitragen und helfen, weitere Zersiedelung und weiteren Neubau zu vermeiden.

Es ist nämlich so, dass seit Jahren das Pro-Kopf-Wachstum der Wohnflächen größtenteils nicht den Familien mit Kindern zugute kommt. Das Pro-Kopf-Wachstum der Wohnflächen ist – belegt durch Untersuchungen des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung – in der Hauptsache darauf zurückzuführen, dass die meisten Älteren auch nach dem Auszug der Kinder in der Familienwohnung zurückbleiben, erst zu zweit und dann alleine. Im Hinblick auf eine bedarfsgerechte Zuordnung von Wohnraum und im Hinblick auf eine umweltschonende Siedlungsentwicklung ist dies natürlich suboptimal.

Das Umweltbundesamt hat sich unter anderem auch deshalb seit Jahren gegen die staatliche Förderung des Wohneigentums ausgesprochen, weil Wohneigentum nach den bisher vorliegenden Erfahrungen im Endeffekt mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit in Immobilität mündet. Wohneigentum ist ein Hemmschuh der verhindert, dass Menschen im Alter die Wohnung noch einmal – entsprechend den veränderten Lebensumständen – zugunsten einer kleineren Wohnung wechseln. Das Umweltbundesamt spricht sich deshalb auch – gemeinsam mit dem NABU – gegen eine undifferenzierte Förderung des Wohneigentums unter dem Deckmantel der Riesterrente aus. Wir plädieren stattdessen für eine Förderung der einerseits energiesparenden und andererseits altengerechten Aufrüstung von Miet- und Eigentumswohnungen im Bestand in städtebaulich integrierten Lagen mit guter Infrastruktur.

Sie können unsere Gründe in unserer Pressemitteilung und in weiteren Internetfundstellen nachlesen².

Was könnten wir künftigen Alten im Bezug auf unsere Wohnsituation also tun, um uns umweltgerecht zu verhalten und gleichzeitig fürs Alter vorzusorgen?

Wir sollten – vor allem in Regionen mit Wohnraummangel, aber nicht nur da – beizeiten darüber nachdenken, ob wir uns nicht doch etwas Kleineres suchen, in einer Wohngegend, in der man möglichst viel zu Fuß und mit öffentlichen Verkehrsmitteln erledigen kann. Und wir sollten ggf. durch Umbaumaßnahmen dafür Sorge tragen, dass die Wohnung auch dann noch gebrauchstauglich ist, wenn wir nicht mehr so sportlich sind wie heute. Viele Vermieter oder Verwalter sind solchen Überlegungen heutzutage durchaus aufgeschlossen.

2

<http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2006/pdf/pd06-059.pdf>

http://www.nabu.de/m01/m01_01/05566.html

<http://www.umweltdaten.de/uba-info-presse/hintergrund/flaechenverbrauch.pdf>

die Alterung ist nicht das einzige Problem, das im Zusammenhang mit dem demographischen Wandel auftritt. Zusätzlich zur Alterung bescheren uns heute auch Wanderungsbewegungen der Bevölkerung Probleme, die wir in dieser Art und in diesem Ausmaß bislang nicht kannten.

Die alten Wanderungsbewegungen sind uns vertraut:

- Seit Ende des ersten Weltkriegs hatten wir in den alten Bundesländern in der Gesamtbilanz ständig Zuwanderung aus dem Ausland, meist in die Städte und Ballungsräume
- Junge Menschen wandern zwecks Studium oder Ausbildung vom Land in die Stadt
- Mit wachsendem beruflichen Aufstieg und Wohlstand steigt der Anspruch an Wohnfläche und Wohnumfeldqualität, dies wird durch Abwanderung von den Städten in den Speckgürtel realisiert

Planerisch und städtebaulich haben wir diese Zuwanderungen gut bewältigt, das Baugesetzbuch liefert alle Instrumente, um Wachstum und den Ausbau von Siedlungen zu bewerkstelligen. Eine Koordination der regionalen Planung fand nur rudimentär oder gar nicht statt. Es schien auch kein Bedarf zu bestehen. Wo alles wächst kriegt jede Gemeinde ein Stück vom Kuchen ab.

Das ökologische Ergebnis des Bevölkerungswachstums, und der besseren Wohnflächenversorgung kennen wir alle: Zersiedelung, Bodenversiegelung, Verkehrserzeugung und die damit verbundenen Umweltfolgen.

Das ökonomische und soziale Ergebnis haben wir bislang zu wenig beachtet, nämlich

- zum einen die wachsende soziale Entmischung von Stadtquartieren, mit wachsenden Problemen bei der gesellschaftlichen Integration sozial Schwächerer
- zum anderen wachsende Pro-Kopf-Kosten für Instandhaltung, Pflege und Betrieb der verkehrlichen und technischen Infrastruktur. Das erscheint solange unproblematisch, als wir uns dies alles wegen ständig steigender Pro-Kopf-Einkommen oder einer wachsenden Anzahl von Köpfen leisten können. Stagniert aber mal die Anzahl der Köpfe oder das Einkommen, oder haben wir gar einen Rückgang, dann haben wir ein Problem.

Das Umweltbundesamt hat vor diesem Hintergrund in UBA-Texte 90/03 ein Maßnahmenkonzept³ aus planerischen und ökonomischen Instrumenten unterbreitet, wie insgesamt die Flächeninanspruchnahme durch Siedlungen und Verkehr deutlich verringert werden könnte. Dieses Maßnahmenkonzept ist auch in die Diskussion um die nationale Nachhaltigkeitsstrategie eingeflossen.

³ <http://www.umweltdaten.de/uba-info-presse/pi04/pd04-061.pdf>
<http://www.umweltbundesamt.org/fpdf-l/2587.pdf>

Der demographische Wandel ist vor allem deshalb aktuell in der Diskussion, weil in Deutschland eine zunehmende Anzahl von Regionen besteht, wo die Bevölkerung nicht mehr wächst sondern stagniert oder schrumpft, weil Industrie und Gewerbe im globalen Wettbewerb nicht mithalten können und entsprechend zu wenige Arbeitsplätze bieten. Die Folge: Die jungen Menschen ziehen weg, die Älteren bleiben.

In diesen Regionen haben wir deshalb gleichzeitig mit der Bevölkerungsschrumpfung das Phänomen der Überalterung in einem Ausmaß, wie wir es bislang in Deutschland nicht kannten. Und wegen dieser Überalterung können wir uns jetzt schon ausrechnen, dass die Bevölkerung auch in den nächsten 20 Jahren kräftig weiter schrumpfen wird – zumindest sofern nicht irgendwann neue Arbeitsplätze entstehen, die junge Menschen in die Region ziehen.

Für diese Entwicklung ist unser planerisches Instrumentarium und sind unsere Förderinstrumente nicht ausgelegt. Wir können Wachstum bewältigen, bei Schrumpfung sind unsere Instrumente stumpf. Und während zunehmend Wohnungen leer fallen, neu erschlossene Wohngebiete nicht bebaut werden und die vorhandene Versorgungsinfrastruktur pro Kopf der verbleibenden Bewohner immer teurer wird, versuchen die Kommunen, sich mit neuen Baulanderschließungen gegenseitig die Einwohner wegzulocken und machen dadurch alles immer schlimmer.

Natürlich gibt es auch wackere Versuche, durch die Ausweisung und Erschließung von Gewerbeflächen mit öffentlichen Mitteln neue Betriebe und Arbeitsplätze anzusiedeln. Doch irgendetwas funktioniert hier nicht, neben den Brachen der Altindustrien wachsen auch die beleuchteten Schafweiden. Es ist schlichtweg so, dass eine wachsende Wirtschaft irgendwann auch mehr Gewerbefläche braucht. Aber mit mehr Gewerbefläche alleine kann man aber kein Wirtschaftswachstum erzeugen. Diese bittere Lektion mussten viele Wirtschaftsförderer in den letzten Jahren lernen.

Was muss geschehen?

Um weiteren Schaden von der Allgemeinheit abzuwenden und Fehlinvestitionen zu vermeiden, müssen die Länder verstärkt ihren Pflichten nachkommen und in der Raumordnung tätig werden. Das gesetzliche Instrumentarium ist vorhanden.

Die Länder müssen die Aktivitäten der Kommunen nach Maßgabe der demographischen Entwicklung koordinieren. Neben den Zielen der Raumordnung ist auch der goldene Zügel gezielt einzusetzen. Kommunen, die in der Region nicht kooperieren bekommen keine Fördermittel.

In jüngster Zeit gibt es auch verstärkt Bemühungen, der öffentlichen Hand, zunächst Geld in Forschung, Entwicklung und Bildung zu stecken um marktfähige Produkte und Dienstleistungen zu erzeugen und gleichzeitig Menschen in die Lage zu versetzen, derartige Leistungen zu erbringen.

Aus Umweltsicht ist es sehr zu begrüßen, dass öffentliches Geld ressourcenschonend vom Beton in die Köpfe umgelenkt wird. Das Bundesumweltministerium und das Umweltbundesamt sind dabei, hierzu weitere Anstöße zum Beispiel im Bereich Ressourcenschonung zu geben, die bereits weiter oben erwähnt wurden.

Auch wenn derartige Initiativen mittelfristig in einigen Regionen Erfolg haben sollten, werden wir dennoch – mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit – künftig in vielen anderen Regionen drastische Bevölkerungsrückgänge verzeichnen müssen.

Welche Umweltfolgen dies hat und wie diese möglicherweise gemindert werden könnten, werden wir in den nächsten Vorträgen hören.